

293780-2024 - Wettbewerb

Deutschland – Architekturentwurf – Objektplanungsleistungen "Gebäude und Innenräume" für die Wohnbebauung Mettingen Niestadtweg

OJ S 96/2024 17/05/2024

**Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen**

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: SWTE Kommunal GmbH & Co. KG

E-Mail: florian.vondenbenken@swte-netz.de

Rechtsform des Erwerbers: Von einer regionalen Gebietskörperschaft kontrolliertes öffentliches Unternehmen

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Wohnungswesen und kommunale Einrichtungen

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Objektplanungsleistungen "Gebäude und Innenräume" für die Wohnbebauung Mettingen Niestadtweg

Beschreibung: Gegenstand der Ausschreibung sind Planungs- und Beratungsleistungen für das Leistungsbild Objektplanung „Gebäude und Innenräume“ gemäß § 34 i. V. m. Anlage 10 HOAI zum Zwecke der Neuerrichtung von zwei Mehrfamilienhäusern im Bebauungsgebiet Nr. 60 „Niestadtweg“ der Gemeinde Mettingen auf den Flurstücken 1770 und 1788 (Gemarkung Mettingen, Flur 49) mit Stellplätzen im Außenbereich der beiden Gebäude. Das Baufeld liegt innerhalb des Bebauungsplans Nr. 60 „Niestadtweg“ und ist Teil des Programms kooperative Baulandentwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen. Insgesamt sollen 16 Wohneinheiten verteilt auf 8 Wohneinheiten im Mehrfamilienhaus MFH 4 und 8 Wohneinheiten im Mehrfamilienhaus MFH 1 und 75% geförderter Wohnraum gemäß dem „Wohnraumförderprogramm 2023 – 2027“ des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen (MHKBD) entstehen. Dem Förderprogramm liegen die „Wohnraumförderbestimmungen des Landes Nordrhein-Westfalen“ (Runderlass vom 15. Februar 2022, 54.02.03.01- 279/2023) zugrunde.

Kennung des Verfahrens: 97fa6849-9d96-464b-b8f7-51b9ce54d835

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71220000 Architekturentwurf

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71320000 Planungsleistungen im Bauwesen, 71240000

Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen, 71210000 Beratungsdienste von Architekten

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Mettingen Niestadtweg

Stadt: Mettingen

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Das in den Leistungsphasen 1 und 2 beratende Büro wird im Falle einer Bewerbung im hiesigen Verfahren zugelassen. Ein Wettbewerbsvorteil besteht nicht. Die Pläne werden im Rahmen dieser Bekanntmachung allen Interessenten zur Verfügung gestellt. Soweit vorliegend als Berufsqualifikation der Beruf des Architekten bzw. des Ingenieurs gefordert wird, ist nach § 75 Abs. 1 und 2 VgV zugelassen, wer nach den Architektengesetzen oder Ingenieurgesetzen der Länder berechtigt ist, die Berufsbezeichnung Architekt oder beratender Ingenieur/ Ingenieur zu tragen oder nach EG-Richtlinien, insbesondere der Richtlinien für die gegenseitige Anerkennung der Diplome berechtigt ist, in der Bundesrepublik Deutschland als Architekt oder als beratender Ingenieur/ Ingenieur tätig zu werden. Juristische Personen sind als Auftragnehmer zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe einen verantwortlichen Berufsangehörigen gemäß § 75 Abs. 1 S. 1 oder 2 VgV benennen. Nachunternehmer: Beabsichtigt ein Bewerber bzw. die Bietergemeinschaft, teile des Auftrags durch Nachunternehmer zu erbringen und will der Bewerber bzw. die Bietergemeinschaft sich zugleich auf deren wirtschaftliche und/oder finanzielle sowie technische und/oder berufliche Leistungsfähigkeit berufen, sind die Vorgaben der Eignungsleihe zu beachten. Beabsichtigt ein Bewerber bzw. die Bietergemeinschaft, teile des Auftrags durch Nachunternehmer zu erbringen, ohne sich zugleich auf deren wirtschaftlichen und/oder finanzielle sowie technische und/oder berufliche Leistungsfähigkeit zu berufen, müssen die Teile des Auftrags, die im Wege der Unterauftragsvergabe an Dritte vergeben werden, im Formblatt bei Einbeziehung von Unterauftragnehmern (Anlage 2 zum Teilnahmeantrag) angegeben werden. Soweit zumutbar, sind in Anlage 2 zum Teilnahmeantrag die vorgesehenen Unterauftragnehmer zu benennen und Anlage 2a zum Teilnahmeantrag mit dem Teilnahmeantrag abzugeben. Sofern die Nachunternehmer nicht benannt wurden, kann die Auftraggeberin vor Zuschlagserteilung von den Bietern, deren Angebote in die engere Wahl kommen, verlangen, unter Verwendung der Anlage 2 zum Teilnahmeantrag die Unterauftragnehmer zu benennen und, unter Verwendung der Anlage 2a zum Teilnahmeantrag nachzuweisen, dass die ihnen erforderlichen Mittel dieser Unterauftragnehmer zur Verfügung stehen. In Bezug auf den für den Zuschlag vorgesehenen Bieter prüft die Auftraggeberin vor der Erteilung des Zuschlags, ob Gründe für den Ausschluss des/der Unterauftragnehmer(s) vorliegen. Dies erfolgt durch Anlage 4 zum Teilnahmeantrag.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv - Vergabeverordnung

2.1.6. Ausschlussgründe

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Zwingender Ausschlussgrund "Bildung krimineller Vereinigungen" gemäß §123 Abs. 1 Nr. 1 GWB. Der Bewerber hat eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß §123 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) mit seinem Teilnahmeantrag einzureichen. Für die Eigenerklärung ist das Formblatt "Teilnahmeantrag" zu verwenden.

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Zwingender Ausschlussgrund "Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung" gemäß § 123 Abs. 1 Nr. 2 und Nr. 3 GWB. Der Bewerber hat eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 123 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) mit seinem Teilnahmeantrag einzureichen. Für die Eigenerklärung ist das Formblatt "Teilnahmeantrag" zu verwenden.

Betrugsbekämpfung: Zwingender Ausschlussgrund "Betrug oder Subventionsbetrug" gemäß § 123 Abs. 1 Nr. 4 und Nr. 5 GWB. Der Bewerber hat eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 123 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) mit seinem Teilnahmeantrag einzureichen. Für die Eigenerklärung ist das Formblatt "Teilnahmeantrag" zu verwenden.

Korruption: Zwingender Ausschlussgrund "Bestechlichkeit, Vorteilsgewährung und Bestechung" gemäß § 123 Abs. 1 Nr. 6, Nr. 7, Nr. 8 und Nr. 9 GWB. Der Bewerber hat eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 123 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) mit seinem Teilnahmeantrag einzureichen. Für die Eigenerklärung ist das Formblatt "Teilnahmeantrag" zu verwenden.

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Zwingender Ausschlussgrund "Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit oder Ausbeutung" gemäß § 123 Abs. 1 Nr. 10 GWB. Der Bewerber hat eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 123 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) mit seinem Teilnahmeantrag einzureichen. Für die Eigenerklärung ist das Formblatt "Teilnahmeantrag" zu verwenden.

Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge: Zwingender Ausschlussgrund "Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen" gemäß § 123 Abs. 4 Nr. 1 GWB. Der Bewerber hat eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 123 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) mit seinem Teilnahmeantrag einzureichen. Für die Eigenerklärung ist das Formblatt "Teilnahmeantrag" zu verwenden.

Entrichtung von Steuern: Zwingender Ausschlussgrund "Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern oder Abgaben" gemäß § 123 Abs. 4 Nr. 1 GWB. Der Bewerber hat eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 123 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) mit seinem Teilnahmeantrag einzureichen. Für die Eigenerklärung ist das Formblatt "Teilnahmeantrag" zu verwenden.

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Fakultativer Ausschlussgrund "Verstöße gegen umweltrechtliche Verpflichtungen" gemäß § 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB. Der Bewerber hat eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) mit seinem Teilnahmeantrag einzureichen. Für die Eigenerklärung ist das Formblatt "Teilnahmeantrag" zu verwenden.

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Fakultativer Ausschlussgrund "Verstöße gegen sozialrechtliche Verpflichtungen" gemäß § 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB. Der Bewerber hat eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) mit seinem Teilnahmeantrag einzureichen. Für die Eigenerklärung ist das Formblatt "Teilnahmeantrag" zu verwenden.

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Fakultativer Ausschlussgrund "Verstöße gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen" gemäß § 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB. Der Bewerber hat eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) mit seinem Teilnahmeantrag einzureichen. Für die Eigenerklärung ist das Formblatt "Teilnahmeantrag" zu verwenden.

Zahlungsunfähigkeit: Fakultativer Ausschlussgrund "Zahlungsunfähigkeit" gemäß § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB. Der Bewerber hat eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) mit seinem Teilnahmeantrag einzureichen. Für die Eigenerklärung ist das Formblatt "Teilnahmeantrag" zu verwenden.

Konkurs: Fakultativer Ausschlussgrund "Insolvenz" gemäß § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB. Der Bewerber hat eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) mit seinem Teilnahmeantrag einzureichen. Für die Eigenerklärung ist das Formblatt "Teilnahmeantrag" zu verwenden.

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften:

Fakultativer Ausschlussgrund "Mit Insolvenz vergleichbares Verfahren" gemäß § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB. Der Bewerber hat eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) mit seinem Teilnahmeantrag einzureichen. Für die Eigenerklärung ist das Formblatt "Teilnahmeantrag" zu verwenden.

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Fakultativer Ausschlussgrund "Einstellung der beruflichen Tätigkeit" gemäß § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB. Der Bewerber hat eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) mit seinem Teilnahmeantrag einzureichen. Für die Eigenerklärung ist das Formblatt "Teilnahmeantrag" zu verwenden.

Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit: Fakultativer Ausschlussgrund "Schwere Verfehlung" gemäß § 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB. Der Bewerber hat eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) mit seinem Teilnahmeantrag einzureichen. Für die Eigenerklärung ist das Formblatt "Teilnahmeantrag" zu verwenden.

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:

Fakultativer Ausschlussgrund "Wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen" gemäß § 124 Abs. 1 Nr. 4 GWB. Der Bewerber hat eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) mit seinem Teilnahmeantrag einzureichen. Für die Eigenerklärung ist das Formblatt "Teilnahmeantrag" zu verwenden.

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Fakultativer Ausschlussgrund "Interessenkonflikt" gemäß § 124 Abs. 1 Nr. 5 GWB. Der Bewerber hat eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) mit seinem Teilnahmeantrag einzureichen. Für die Eigenerklärung ist das Formblatt "Teilnahmeantrag" zu verwenden.

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Fakultativer Ausschlussgrund "Wettbewerbsverzerrung wegen Vorbefassung" gemäß § 124 Abs. 1 Nr. 6 GWB. Der Bewerber hat eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) mit seinem Teilnahmeantrag einzureichen. Für die Eigenerklärung ist das Formblatt "Teilnahmeantrag" zu verwenden.

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Fakultativer Ausschlussgrund "Mangelhafte Erfüllung eines früheren öffentlichen Auftrags" gemäß § 124 Abs. 1 Nr. 7 GWB. Der Bewerber hat eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) mit seinem Teilnahmeantrag einzureichen. Für die Eigenerklärung ist das Formblatt "Teilnahmeantrag" zu verwenden.

Falsche Angaben, verweigerter Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.:

Fakultativer Ausschlussgrund "Täuschung oder unzulässige Beeinflussung des Vergabeverfahrens" gemäß § 124 Abs. 1 Nr. 8 und Nr. 9 GWB. Der Bewerber hat eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) mit seinem Teilnahmeantrag einzureichen. Für die Eigenerklärung ist das Formblatt "Teilnahmeantrag" zu verwenden.

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Objektplanungsleistungen "Gebäude und Innenräume" für die Wohnbebauung Mettingen Niestadtweg

Beschreibung: Gegenstand der Ausschreibung sind Planungs- und Beratungsleistungen für das Leistungsbild Objektplanung „Gebäude und Innenräume“ gemäß § 34 i. V. m. Anlage 10 HOAI zum Zwecke der Neuerrichtung von zwei Mehrfamilienhäusern im Bebauungsgebiet Nr. 60 „Niestadtweg“ der Gemeinde Mettingen auf den Flurstücken 1770 und 1788 (Gemarkung Mettingen, Flur 49) mit Stellplätzen im Außenbereich der beiden Gebäude. Das Baufeld liegt innerhalb des Bebauungsplans Nr. 60 „Niestadtweg“ und ist Teil des Programms kooperative Baulandentwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen. Insgesamt sollen 16 Wohneinheiten verteilt auf 8 Wohneinheiten im Mehrfamilienhaus MFH 4 und 8 Wohneinheiten im Mehrfamilienhaus MFH 1 und 75% geförderter Wohnraum gemäß dem „Wohnraumförderprogramm 2023 – 2027“ des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen (MHKBD) entstehen. Dem Förderprogramm liegen die „Wohnraumförderbestimmungen des Landes Nordrhein-Westfalen“ (Runderlass vom 15. Februar 2022, 54.02.03.01- 279/2023) zugrunde.

Interne Kennung: E93814489

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71220000 Architektorentwurf

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71210000 Beratungsdienste von Architekten, 71240000

Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen, 71320000 Planungsleistungen im Bauwesen

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Niestadtweg

Stadt: Mettingen

Land, Gliederung (NUTS): Steinfurt (DEA37)

Land: Deutschland

5.1.4. Verlängerung

Weitere Informationen zur Verlängerung: Mit Zuschlagserteilung werden zunächst nur die Leistungsphasen (LPH) 3 - 4 bezogen auf die Grundleistungen sowie die verbindlichen besonderen Leistungen gemäß Planungsvertrag beauftragt. Die Beauftragung der weiteren Leistungsphasen (LPH) 5 - 9 sowie der optionalen besonderen Leistungen gemäß Planungsvertrag erfolgen entsprechend den Regelungen im Planungsvertrag.

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Erfüllung sozialer Zielsetzungen

Beschreibung: 75% geförderter Wohnraum gemäß dem „Wohnraumförderprogramm 2023 – 2027“ des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen (MHKBD)
Gefördertes soziales Ziel: Sonstiges

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Bezeichnung: Zum Nachweis der Eignung zur Berufsausübung werden die nachfolgenden Eignungskriterien und Nachweise festgelegt:

Beschreibung des Auswahlkriteriums: In Form von Eigenerklärungen wird gefordert: (1) Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 123 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) (2) Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) (3) Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 22 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) Für vorstehende Erklärungen soll das Formblatt "Teilnahmeantrag" verwendet werden. (4) Eigenerklärung zum Nichtbestehen eines Russlandbezugs Für die vorstehende Erklärungen soll die "Eigenerklärung Russland" (Anlage 6 zum Teilnahmeantrag) verwendet werden. In Form von Fremdnachweisen wird gefordert: (5) Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister des Staates, in dem der Bewerber niedergelassen ist (nicht älter als drei Monate zum Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist). Die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) kann als vorläufiger Nachweis zur Eignung eingereicht werden

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Zum Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit werden die nachfolgenden Eignungskriterien und Nachweise festgelegt:

Beschreibung des Auswahlkriteriums: In Form von Eigenerklärungen: (1) Erklärung über den Gesamtumsatz des Bewerbers in € netto in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren Mindestbedingungen: Durchschnittlicher jährlicher Gesamtumsatz des Bewerbers in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren von mindestens € 500.000,00 netto. (2) Erklärung über die Umsätze des Bewerbers in € netto in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit sie Planungs- und Beratungsleistungen betreffen, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind. Für vorstehende Erklärungen soll das Formblatt "Teilnahmeantrag" verwendet werden. In Form von Fremdnachweisen: (3) Nachweis der Berufshaftpflichtversicherung nicht älter als drei Monate zum Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist Mindestbedingungen: Die Deckungssumme der Versicherungen muss mindestens jeweils € 3.000.000,00 für Personen- und Sachschäden sowie mindestens € 3.000.000,00 für Vermögensschäden je Versicherungsjahr zweifach maximiert betragen. Falls eine Versicherung bzw. die Versicherungen mit diesen Deckungssummen derzeit nicht besteht /bestehen, genügt die Vorlage • einer unterschriebenen Eigenerklärung des Bewerbers, dass er im Auftragsfall, eine entsprechende Versicherung bzw. Versicherungen auf erstes Anfordern der Auftraggeberin abschließt und • die Erklärung eines Versicherers (in nicht beglaubigter Kopie), dass dieser zum Abschluss einer entsprechenden Versicherung mit dem Bewerber bereit ist. Die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) kann als vorläufiger Nachweis zur Eignung eingereicht werden. Möglicherweise geforderte Mindeststandards: Mindestbedingungen: - Durchschnittlicher jährlicher Gesamtumsatz des Bewerbers in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren von mindestens € 500.000,00 netto - Die

Deckungssummen der Versicherung muss mindestens jeweils € 3.000.000,00 für Personen- und Sachschäden sowie mindestens € 3.000.000,00 für Vermögensschäden je Versicherungsjahr zweifach maximiert betragen.

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Zum Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit werden die nachfolgenden Eignungskriterien und Nachweise festgelegt:

Beschreibung des Auswahlkriteriums: In Form von Eigenerklärungen wird gefordert: (1) Erklärung zu der in den letzten drei abgeschlossenen Kalenderjahren (2020, 2021 und 2022) durchschnittlich jährlichen Anzahl von Beschäftigten und festangestellten Architekten und/oder Ingenieure. Mindestbedingungen: Es werden nur Bewerber berücksichtigt, die in den letzten drei abgeschlossenen Kalenderjahren 2020, 2021 und 2022 im Jahresdurchschnitt mindestens vier festangestellte Architekten und/oder Ingenieure hatten. (2) Angabe von drei Referenzen über Planungs- und Beratungsleistungen, mit denen der zu vergebende Auftrag vergleichbar ist. Zu nennen sind die erbrachten wesentlichen Leistungen, der Empfänger (Referenzkunde mit Ansprechpartner und Telefonnummer oder E-Mail-Adresse), der Leistungszeitraum, das Bauvolumen in € brutto sowie die zum Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist abgeschlossenen Leistungsphasen. Um einen ausreichenden Wettbewerb sicherzustellen, können Referenzen im Zeitraum ab 2018 bis zum Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist eingereicht werden. Mindestbedingungen: - Eine Referenz wird nur dann berücksichtigt, wenn sie zum Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist bis einschließlich Leistungsphase (LPH) 4 abgeschlossen ist. Soweit der Bewerber mehr als drei Referenzen angeben möchte, kann dies unter Übernahme der Gliederung unter G. im "Teilnahmeantrag" auf einer gesonderten Anlage erfolgen. (3) Gesamtberufserfahrung des Projektleiters und des stellvertretenden Projektleiters (Angabe in Jahren). Für die vorstehenden Erklärungen soll das Formblatt "Teilnahmeantrag" verwendet werden. Die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) kann als vorläufiger Nachweis zur Eignung eingereicht werden. Möglicherweise geforderte Mindeststandards: Mindestbedingungen: - Es werden nur Bewerber berücksichtigt, die in den letzten drei abgeschlossenen Kalenderjahren 2020, 2021 und 2022 im Jahresdurchschnitt mindestens vier festangestellte Architekten und/oder Ingenieure hatten. - Eine Referenz wird nur dann berücksichtigt, wenn sie zum Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist bis einschließlich Leistungsphase (LPH) 4 abgeschlossen ist. Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern: Die Teilnahmeanträge werden auf Vollständigkeit geprüft. Dann wird geprüft, welche Bewerber geeignet sind. Liegen mehr geeignete Bewerber vor, findet eine Begrenzung von Bewerbern statt. Sofern die Zahl geeigneter Bewerber geringer ist als vier, findet keine Begrenzung statt. Inwieweit maximal fünf Bieter zur Abgabe eines Erstangebotes aufgefordert werden, bleibt der Auftraggeberin vorbehalten. Die Kriterien für die Begrenzung der Teilnahmeanträge sind: 1) Referenzen im Leistungsbild Objektplanung "Gebäude und Innenräume" und durchgeführte Leistungsphasen 1 - 9 im Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist (max. 15 Punkte): Für die Vorlage einer auf die Kriterien zutreffenden Referenz erhält der Bewerber 4 Punkte. Bei Vorlage von zwei auf die Kriterien zutreffenden Referenzen erhält der Bewerber 8 Punkte. Für die Vorlage von drei die Kriterien erfüllenden Referenzen erhält der Bewerber 15 Punkte. Es werden maximal drei Referenzen bewertet, die die geforderten Angaben erfüllen. 2) Gesamtberufserfahrung des Projektleiters (max. 20 Punkte): 10 Punkte werden für die Angabe von mindestens fünf Jahren Gesamtberufserfahrung des Projektleiters vergeben. Ab jedem weiteren Jahr gibt es weitere 2 Punkte. Es können maximal 20 Punkte für die Angabe von 10 Jahren Gesamtberufserfahrung des Projektleiters erzielt werden. 3) Mitarbeiteranzahl (max. 30 Punkte): 10 Punkte werden für

die Angabe von im Jahresdurchschnitt mindestens fünf festangestellten Architekten und/oder Ingenieuren vergeben. Ab jedem weiteren im Jahresdurchschnitt festangestellten Architekten und/oder Ingenieur gibt es weitere 2 Punkte. Es können maximal 30 Punkte für die Angabe von 15 im Jahresdurchschnitt festangestellten Architekten und/oder Ingenieuren erzielt werden. Für die Wertung sind die geforderten Angaben maßgeblich. Es können maximal 65 Punkte erzielt werden. Die unter den vorstehenden Kriterien erzielten Punkte des jeweiligen Bewerbers werden addiert und bilden die für die Begrenzung der Bewerber relevante Gesamtpunktzahl. Die Bewerber werden entsprechend ihrer Gesamtpunktzahl in absteigender Reihenfolge berücksichtigt. Bei Punktegleichstand von mehr als sechs Bewerbern entscheidet das Los.

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 65,00

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.subreport.de/E93814489>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Zulässig

Adresse für die Einreichung: <https://www.subreport.de/E93814489>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 17/06/2024 11:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 15 092 024 Monate

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Bietergemeinschaften: Bei der Beteiligung von Bietergemeinschaften haben diese mit ihrem Angebot eine Aufstellung der Mitglieder der Bietergemeinschaft mit Bezeichnung des bevollmächtigten Vertreters für den Abschluss und die Durchführung des Vertrages sowie eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung einzureichen, dass der bevollmächtigte Vertreter alle weiteren Mitglieder der Bietergemeinschaft vertritt und alle Mitglieder bei der Auftragsausführung als Gesamtschuldner haften. Hierfür soll das beigefügte Formblatt für Bietergemeinschaften (Anlage 1 zum Teilnahmeantrag) verwendet werden. Die Erklärungen und Nachweise nach dieser Bekanntmachung sind für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erbringen. Die Auftraggeberin behält sich vor, gegebenenfalls Fremdnachweise für die geforderten Eigenerklärungen nachzufordern, um die Eigenerklärungen zu verifizieren. Eignungsleihe: Der Bewerber bzw. die Bietergemeinschaft kann im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche

und finanzielle sowie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen, wenn er bzw. sie nachweist, dass ihm bzw. ihr die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden. Hierzu ist/sind dieses bzw. diese anderen Unternehmen unter Verwendung des Formblatts Eignungsleihe (Anlage 3 zum Teilnahmeantrag) zu benennen und die Verpflichtungserklärung Eignungsleihe (Anlage 3a zum Teilnahmeantrag) mit dem Teilnahmeantrag einzureichen. Zudem sind für das bzw. die eignungsleihenden Unternehmen die genannten Eignungsnachweise mit dem Teilnahmeantrag einzureichen. Die für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit sowie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit bezeichneten Unterlagen hat der Bewerber- bzw. die Bietergemeinschaft im Falle der Eignungsleihe mit dem Teilnahmeantrag für diese Dritten in dem Umfang vorzulegen, in dem sich der Bewerber bzw. die Bietergemeinschaft auf die Fähigkeiten der Dritten zum Nachweis seiner/ihrer wirtschaftlichen und finanziellen sowie technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit beruft. Außerdem hat der Bewerber bzw. die Bietergemeinschaft das Formblatt "Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (Anlage 4 zum Teilnahmeantrag) jeweils auch von diesen benannten Dritten mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Ja

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Westfalen

Informationen über die Überprüfungsfristen: Die Auftraggeberin weist ausdrücklich auf die Rügeobliegenheiten der Unternehmen/Bewerber/Bieter sowie auf die Präklusionsregelungen gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1 bis Nr. 4 GWB hinsichtlich der Behauptung von Verstößen gegen die Bestimmungen über das Vergabeverfahren hin. § 160 Abs. 3 S. 1 GWB lautet: Der Antrag (auf Nachprüfung) ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 GWB bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Abs. 1 Nr. 2 GWB. § 134 Abs. 1 S. 2 GWB bleibt unberührt. Die Auftraggeberin weist insbesondere darauf hin, dass ein Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens gemäß § 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 GWB unzulässig ist, wenn nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen

(Nichtabhilfeentscheidung), mehr als 15 Kalendertage vergangen sind. Die Auftraggeberin wird gemäß § 134 GWB die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, hiervon vor Zuschlagserteilung nach Maßgabe des § 134 Abs. 1 GWB informieren. Bei Information auf elektronischem Weg oder per Telefax darf der Vertrag erst 10 Kalendertage nach Absendung der Information geschlossen werden (§ 134 Abs. 2 Satz 1 GWB). Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber, § 134 Abs. 2 Satz 3 GWB.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: SWTE Kommunal GmbH & Co. KG

Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt: SWTE Kommunal GmbH & Co. KG

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt: Vergabekammer Westfalen

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: SWTE Kommunal GmbH & Co. KG

Organisation, die Angebote bearbeitet: SWTE Kommunal GmbH & Co. KG

TED eSender: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: SWTE Kommunal GmbH & Co. KG

Registrierungsnummer: DE337221197

Postanschrift: Zechenstr. 10

Stadt: Ibbenbüren

Postleitzahl: 49477

Land, Gliederung (NUTS): Steinfurt (DEA37)

Land: Deutschland

E-Mail: florian.vondenbenken@swte-netz.de

Telefon: +49 54 51 54 19 9-0

Internetadresse: <https://www.stadtwerke-tecklenburgerland.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

Organisation, die Angebote bearbeitet

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Westfalen

Registrierungsnummer: 05515-03004-07

Postanschrift: Albrecht-Thaer-Straße 9

Stadt: Münster

Postleitzahl: 48147

Land, Gliederung (NUTS): Münster, Kreisfreie Stadt (DEA33)

Land: Deutschland

Kontaktperson: [tps://www.bezreg-muenster.de/de/wirtschaft_finanzen_kommunalaufsicht/vergabekammer_westfalen/index.html](https://www.bezreg-muenster.de/de/wirtschaft_finanzen_kommunalaufsicht/vergabekammer_westfalen/index.html)

E-Mail: vergabekammer@bezreg-muenster.nrw.de

Telefon: +49 251411-1604

Fax: +49 251411-2165

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: a0ec543a-fcaf-4b00-92ab-9c10ef7c82e4 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 15/05/2024 07:20:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 293780-2024

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 96/2024

Datum der Veröffentlichung: 17/05/2024